



**Bericht über
den geplanten Ethnozid an drei indianischen Völkern
und
den anhaltenden Genozid an den Wayana Indianern
in Französisch-Guyana durch Frankreich**

**Ein Bericht von:
Thierry Sallantin (tsallantin@hotmail.com)
Französischer Ethnologe
Französisch-Guyana Sektion von „Friends of Peoples close to Nature“
und
Steffen Keulig (fdn@fpcn-global.org)
1. Vorsitzender „Freunde der Naturvölker e. V.“
Deutsche Sektion von „Friends of Peoples close to Nature“**



www.naturvoelker.org

www.fpcn-global.org



Oktober 2004

Frankreich verstößt gegen:

- a) Artikel 8 der Biodiversitätskonvention,
- b) Richtlinie 76/464/EWG und Richtlinie 80/86/EWG des europäischen Umweltrechts,
- c) Artikel 1, 5 und 7 der internationalen Erklärung über die Rechte von Personen, die nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten angehören,
- d) Artikel 1 des internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und die
- e) Anerkennung von Minderheiten

1. Einleitung	3
2. Ein Nationalpark in Europa	4
3. Der geplante Ethnozid.....	5
4. Die Indigenen	7
5. Goldrausch und Genozid	9
6. Die Forderung	10
7. Literatur	11

1. Einleitung

Die Europäische Union (EU) und hier im speziellen Fall Frankreich verwaltet direkt einen Teil des Amazonasgebietes in Südamerika, zwischen Brasilien und Surinam gelegen:



Französisch-Guyana (FG). Dieses Gebiet ist politisch betrachtet ein französisches Departement und gehört damit zur EU. FG umfasst 90.000 Quadratkilometer und ist zu 97% mit tropischen Regenwäldern bedeckt. Die einzige Straße des Landes führt entlang der Atlantikküste, wo 90% von den etwa 200.000 dort lebenden Menschen siedeln. Im Süden von FG gibt es die drei indigenen Ethnien, der Wayampi, der Teko und der Wayana Indianer, die zusammen circa 3.600 Menschen zählen.

Frankreich engagierte sich anlässlich der Weltklimakonferenz in Rio 1992 für die Schaffung eines großen Nationalparks in FG. Die Diskussionen darüber dauern weiterhin an. Jedoch werden die Treffen diesbezüglich lediglich in FG abgehalten, ohne die Partizipation der Öffentlichkeit und ohne Involvierung kompetenter Fachleute auf dem Gebiet der Einrichtung von Nationalparks in tropischen Feuchtwäldern. Ebenso werden keine Anthropologen hinzugezogen, die bereits Erfahrungen in Bezug auf die Einrichtung von Territorien für indigene Völker gesammelt haben, wie zum Beispiel im benachbarten Brasilien geschehen. Brasilien hat an den Grenzen Surinams und FG mehrere große Gebiete ausschließlich für die dort lebenden Indigenen sowie, kurz vor dem Weltgipfel in Johannesburg, einen 38.000 Quadratkilometer großen Nationalpark („Tumucumaque“) eingerichtet. Die deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) war damals an der Demarkation des Gebietes für die Wayampi von l'Amampa in Brasilien beteiligt.

Frankreich beabsichtigte zwar die Gestaltung eines grenzüberschreitenden Nationalparks von Surinam nach Brasilien unter Einbeziehung FGs, weigert sich jedoch bis heute, grenzübergreifende Schutzgebiete für die dort lebenden Indigenen einzurichten, obwohl die Wayana und die Wayampi Indianer traditionell zu beiden Seiten der Grenze leben.

2. Ein Nationalpark in Europa

Wissenschaftler, wie Francis Hallé, hofften auf die Einrichtung eines Nationalparks im mittleren und nördlichen Teil FGs, was ein quasi unbewohntes Waldgebiet von 50.000 Quadratkilometern darstellt (Hallé sowie Poncy/Fleury 1998). Es gibt dort nur zwei Dörfer, Saül und Saint Elie. In diesem Gebiet befindet sich zudem einer der an endemischen Arten reichsten Regenwälder. Scot Mory vom *New York Botanical Garden* schätzt, dass die Bergregion um Saül eine der artenreichsten des gesamten Amazonasgebietes ist. Auch die Karten des Botanikers Jean-Jacques de Granville bestätigen, dass der Park im mittleren Norden FGs und nicht im Süden eingerichtet werden sollte. Frankreich müsste demzufolge aufgrund der höheren Biodiversität im Norden und bezüglich Artikel 8 der Biodiversitätskonvention zum Schutz der biologischen Vielfalt (Frankreich unterzeichnete die Konvention am 13. Juni 1992), wie ursprünglich geplant, den Nationalpark im Norden errichten. Auch die Untersuchungen des *World Resource Institute* belegen, dass der Schutz des Regenwaldes in FG im Verhältnis zu anderen Regenwaldgebieten in der Welt vergleichsweise einfach zu bewerkstelligen wäre (Bryant/Nielsen 1997)¹.

Doch ausgerechnet in diesem nördlichen Teil vervielfachen sich die Goldsucherlager und verwandeln das eigentlich „europäische“ Areal in eine Neuauflage des „*Far-West*“. Mit der Auflösung der illegalen Camps beauftragt, beklagt sich das Militär über fehlende Mittel. Während für die Überwachung und die Zurückdrängung der illegalen Goldschürfer (*Orpailleurs*) 15.000 Männer für zehn Patrouillen pro Tag nötig wären, ist der tatsächliche Personalbestand so schwach, dass es nur für eine einzige Patrouille ausreicht.² Außerdem



bekannte im August 2003 ein hochrangiger Offizier der Fremdenlegion (Elitecorps der französischen Armee), seine Verblüffung darüber, erst kurz zuvor vom Verteidigungsminister persönlich die Order erhalten zu haben, bezüglich der Goldsucher nicht zu intervenieren.³

Frankreich hat inzwischen aus Angst vor einer Konfrontation mit den Goldsuchern das Projekt des Nationalparks mehr und mehr nach Süden verlegt und die geplante Ausdehnung immer stärker reduziert.

¹ Kontakt: www.wri.org/

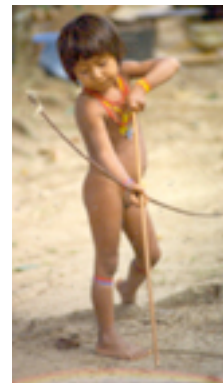
² Aussage eines Offiziers der französischen Armee im nationalen Radiosender Europe 1 am 29.09.2004 in der bekannten Morgensendung von Jacques Pradel

³ Persönliches Interview mit Thierry Sallantin

Im April 2004 stellte sich in einem Interview mit Viviane Thierron heraus, dass sogar der *World Wide Fund for Nature* (WWF) akzeptiert hat, dem Druck der Lobby der Bergbauindustrie nachzugeben. Die Überlegungen gehen sogar soweit, den Goldabbau als Bestandteil des zukünftigen Nationalparks zuzulassen⁴.

3. Der geplante Ethnozid

Die Lage ist dennoch ernster. Durch den Verzicht auf die Einrichtung des Nationalparks im mittleren und nördlichen Teil FGs zugunsten eines Parks im Süden, würde der Park mitten im Herzen des, in den 1970 von der französischen Regierung errichteten, Indianerschutzgebietes liegen. Dort leben die drei indigenen Ethnien, der Wayampi, der Teko und der Wayana, die zusammen etwa 3.600 Menschen zählen. Der politische Status des Indianerschutzgebietes wurde damals als „*restricted area*“ eingestuft. Dies bedeutet, dass Ausländer zum Schutz der indianischen Kultur nur mit einer Sondergenehmigung des französischen Präfekten in Cayenne, der Hauptstadt FGs, Zutritt bekommen. Von den 30 indigenen Ethnien, die noch vor der Kolonisation von 1604 im Gesamtgebiet FGs existierten, bestehen heute nur noch sechs. Die siebte, die Akulio, verschwand in den 1980er Jahren aufgrund der Deportation, die ihnen durch die Missionare des *Summer Institut of Linguistic* aufgezwungen wurde. Ethnologen, wie Thierry Sallantin sowie Pierre und Françoise Grenand, haben Anzeichen dafür, dass innerhalb des Indianerschutzgebietes noch mindestens vier unkontaktierte Indigene Gruppen existieren. Hinzu kommt die Befürchtung, dass durch die Errichtung eines Nationalparks im Süden bislang nicht vorhandene Straßen gebaut werden, die als zusätzliche Einfallstore für die Goldsucher dienen können.



Wenn Frankreich den geplanten Nationalparks im Süden durchsetzt, könnte es erneut zu einem Ethnozid kommen, da die Errichtung des jetzigen Indigenenschutzgebietes aufgrund der Invasion von Touristen Ende der 60er Jahre zum Schutz der Indigenen eingerichtet wurde. Mit der Beseitigung des Indianerschutzgebietes würde Frankreich zugleich gegen die internationale Erklärung über die Rechte von Personen, die nationalen oder ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten angehören (Resolution 47/135 der Generalversammlung der UN), verstoßen:

⁴ Frédéric Farine, in *La Croix* vom 27. April 2004, Seite 16, und im guyanischen Magazin *MenMoMag*, Juni 2004, Seite 2-5

„Die Staaten schützen die Existenz und die nationale oder ethnische, kulturelle, religiöse und sprachliche Identität der Minderheiten in ihrem Hoheitsgebiet und begünstigen die Schaffung von Bedingungen für die Förderung dieser Identität.“ (Art. 1),

„Bei der Planung und Durchführung innerstaatlicher Politiken und Programme sind die legitimen Interessen der Angehörigen von Minderheiten gebührend zu berücksichtigen.“ (Art. 5)

„Die Staaten sollen zusammenarbeiten, um die Achtung der in dieser Erklärung niedergelegten Rechte zu fördern.“ (Art. 7).

Die Haltung der französischen Regierung, einen Nationalpark innerhalb eines Indigenenschutzgebietes zu errichten, widerspricht ebenso einer neuen wissenschaftlichen Studie (*Who conserves the world's forests?*) von „Forest Trends“, die bestätigt, dass Indigene die besten Naturschützer sind. Eine Zusammenarbeit zwischen Naturschützern und Anthropologen bei der Planung derartiger Projekte sollte in Zukunft als Mindeststandard gelten⁵. Nicht zuletzt deshalb, weil bis heute die französische Regierung die Anerkennung der Indigenen als Minderheit in FG verweigert. Aus diesem Status heraus würden sich für die Indigenen vielfältige Rechte ableiten lassen.

Marcus Colchester vom *World Rainforest Movement* geht in seinem Bericht an die UN über Naturschutzgebiete noch weiter und erklärt, dass ein Nationalpark niemals in den Lebensräumen indigener Völker eingerichtet werden dürfte, weil die Anwesenheit von Besuchern zur Kulturzerstörung der Indigenen beitragen würde (Colchester 2003: 151). Abgesehen davon besteht die unmittelbare Gefahr, dass für die Indigenen tödliche Krankheiten eingeschleppt werden.

Die Nichtanerkennung der Indigenen als Minderheit und der Einfluss der Goldlobby ist wahrscheinlich auch einer der Gründe, weshalb die Vorbereitungen von Seiten Frankreichs zur Errichtung des Nationalparks im Süden unter Ausschluss der Öffentlichkeit getroffen werden. Weder finden Treffen zur Thematik auf EU-Ebene statt, noch suchen die Verantwortlichen in Frankreich eine Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern (Biologen wie Anthropologen) europäischer Universitäten oder Nichtregierungsorganisationen.

⁵ Kontakt: www.forest-trends.org

Frankreich nutzt andererseits die Gelder der Europäischen Union (immerhin 71% des Budgets FG's) zur Ausübung einer Politik zum Schaden sowohl der tropischen Natur, als auch zur befürchteten Kulturzerstörung der dort lebenden indigenen Völker. Frankreich vermeidet daher mit gutem Grund, Abgeordnete, Steuerzahler und andere Europäischen Mitgliedsstaaten in seine Entscheidungen mit einzubeziehen.

4. Die Indigenen

Frankreich beabsichtigt, ohne jede öffentliche Ankündigung bis Mitte des Jahres 2005 einen Nationalpark im Regenwald FG einzurichten, und dafür ein der indigenen Bevölkerung seit 1970 vorbehaltenes Gebiet zu opfern. Das indianische Territorium von 30.000 Quadratkilometern wäre damit verloren. Die Indigenen würden für die Besucher eines geöffneten Nationalparks zu Objekten touristischer Neugier, was vermutlich zu ihrem Ethnozid führen wird. Der zuständige Tourismusminister in FG, Leon Bertrand, hat bereits erste Schritte angekündigt, den geplanten Nationalpark für Touristen zugänglich zu machen. Derselbe Minister hat allerdings in einem Brief vom Mai 2003 an Thierry Sallantin auch zugegeben, dass die Indianer Touristen ablehnen. Das Statement der Indigenenrepräsentantin der Teko (Emerillon), Frau Ti'íwan bestätigt die Ablehnung der Indigenen gegenüber Touristen (Silberstein 2002: 278ff.):

„Wenn wir über das Prinzip des Nationalparks an sich sprechen, wollen wir klar herausstellen, dass die Indigenen in diesem Bereich KEINE TOURISTEN WOLLEN, weder in ihrem Dorf, noch in den, wie die Broschüre erklärt, „Zentren zur Erarbeitung erster Vorschläge bezüglich des Projekts eines Nationalparks Tropischer Regenwald Guyana.“ Man muss dort lesen, dass „die Dörfer Maripa Soula, Saül und Camopi zu (offenen?) Toren in den Park werden, zu speziell für den Empfang von Besuchern ausgerichteten Orten.“

Zurzeit gehen die Bemühungen der Indigenen dahin, den Status quo einer „restricted area“ zu erhalten, weil dies bedeutet, dass große Teile des Inneren weiterhin nur mit einer Ausnahmegenehmigung zugänglich sind.



Presseerklärung der Wayana von Twenké vom Juni 1998, unterzeichnet vom „Grand Man“ Amoypoti (Silberstein 2002: 275):

„Die Jagd, der Fischfang, die Ernte und die handwerkliche Nutzung der Rohstoffe der Wälder sind Teil unseres Alltags, im Einklang mit dem Wald. Die Einrichtung eines Nationalparks und die zu erwartenden Regelungen, die daraus folgen werden, widersprechen unmittelbar dieser symbiotischen Lebensweise und der Freiheit. Daher lehnen die Wayana dieses Projekt eindeutig ab. Ebenso VERWEIGERN SIE SICH ALS INDIGENE ENTSCHIEDEN EINER ZURSCHAUSTELLUNG ALS TOURISTISCHE ATTRAKTION IN EINEM SOLCHEN PARK.“

Die beiden Indigenenvertretungen FGs „Villages de Guyane“⁶ und „ Federation des Organisations Autochtones de Guyane“ (F.O.A.G.)⁷ haben mehrere Male ihre Position gegen die Schaffung eines Nationalparks u. a. in ihrem Magazin OKA-MAG⁸ ausgedrückt.

In der Erklärung von Twenké vom Juni 1998, mitunterzeichnet von den Indigenen und den Noirs-Marrons (Aluku), einem Volk der benachbarten Region von Maripa-Soula, lehnten sie es ab, unter die französischen Gesetze von 1960 bezüglich der Nationalparks gestellt zu werden. Sie fordern stattdessen die Anwendung der Gesetzesnovelle „Gesetz zur expliziten Anerkennung der Gebietsrechte der Eingeborenen und der Waldvölker“.

Diesbezüglich verpflichtet sich die Weltgemeinschaft im Artikel 1 des internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Sozialpakt) vom 19. Dezember 1966, die genannten Forderungen zu berücksichtigen:

⁶ Kontakt: aruacay@nplus.gf

⁷ Kontakt: chefcoutumier.kourou@ifrance.com

⁸ Kontakt: oka.mag@wanadoo.fr

„Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.“

„Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.“

Frankreich verstößt mit dem Vorhaben auch gegen dieses international verankerte Recht.

5. Goldrausch und Genozid

Die Dokumentation von Philippe Lafaix „Das Recht des Dschungels, die Geschichte einer rechtlosen Zone: Französisch-Guyana“ thematisiert die derzeitige Invasion durch die Goldsucher und die dadurch verursachte Quecksilberverseuchung thematisiert wird.⁹ Das französische Wirtschaftsministerium scheint als Helfershelfer der Bergbaufirmen zu fungieren, namentlich für Cambior und Golden Star aus Kanada, die ihrerseits ihre staatlichen Konzessionen an kleine Goldsucher für einen größeren Profit verpachten (Mackay 2000: 52ff.)¹⁰. Die Kosten für die Gewinnung einer Unze Gold in FG ist eine der niedrigsten der Welt, lediglich 180 Dollars – dank der Quecksilbermethode und der illegal beschäftigten Arbeiter aus Brasilien. Die französische Zeitung Liberation berichtete am 16. 10. 2004, dass im Jahr in FG 10 Tonnen Gold legal und 35 Tonnen illegal gefördert werden.¹¹

Wie Wissenschaftler herausfanden, liegt in FG die Konzentration von Quecksilber in der Nähe von Goldminen in Fischen bei 0,6 Mikrogramm/Gramm, in anderen Teilen des Landes ohne Goldminen aber nur bei 0,1 Mikrogramm/Gramm (Catzeflis/Geraux/Le Guen 2002: 25). Damit mitverantwortet die französische Regierung durch ihre Passivität gegenüber den Goldminen die Überschreitung gegen die Quecksilbergrenzwerte der EU Richtlinie 76/464/EWG (Ableitung bestimmter gefährlicher Stoffe in die Gewässer in Artikel 2, Liste 1 im Anhang 1) und gegen die Richtlinie 80/86/EWG (Schutz des Grundwassers in Artikel 4, Liste 1). Nähere Informationen dazu finden sich im Greenpeacedokument „Umweltverbrechen multinationaler Konzerne“¹². Da sich Frankreichs auch gegenüber den im

⁹ Englische Version „The law of the jungle“ kann bei fdn@fpcn-global.org bestellt werden

¹⁰ Kontakt: www.drire.gouv.fr

¹¹ <http://www.liberation.fr/page.php?Article=246674>

¹² archiv.greenpeace.de/wssd/umweltverbrechenmultis.pdf S.106ff

Indigenenschutzgebiet illegal errichteten Goldminen passive verhält, mitverantwortet Frankreich ebenso die rasante Zunahme von Fehlgeburten und Missbildungen von Neugeborenen (Minamata-Krankheit) unter den Indigenen. Dies führt ohne sofortige Intervention zu einem Genozid der betroffenen Wayana und Teko, die nach wie vor u. a. dem traditionellen Fischfang nachgehen. Nicht zu vergessen sind an dieser Stelle auch die Völker der Noirs-Marrons (ehem. Sklaven), die Aluku (Boni), Ndjuka (Djuka) und Paramaka, die am Maroni Fluss leben und ebenso von der Quecksilberkontamination betroffen sind.

Sogar die deutsch-französische Forschungsstation von Nouragues (unter Mitarbeit von Prof. G. Gottsberger, Universität Ulm), obwohl im Herzen eines kleinen Naturschutzgebietes im Norden gelegen, wurde am 07. Mai 2004 von Goldsuchern angegriffen und geplündert. Zurzeit werden mehr als zwanzig illegale Goldsucherlager in diesem Gebiet gezählt. Frankreich hat bisher keine Anstalten gemacht, für Schutz vor ihnen zu sorgen. Daher ist es absurd zu behaupten, die Schaffung eines Nationalparks im Süden würde die Indigenen vor den Goldsuchern schützen.

6. Die Forderung

Alles deutet darauf hin, dass die Interessen Frankreichs an FG sich auf die europäische Raumbasis in Kourou (Startbasis der Ariane-Rakete) beschränken und der Regenwald unge-



hindert den bewaffneten Banden des „*Far West*“ überlassen wird. Es wäre eine unseren europäischen Werten entsprechende Herausforderung für Frankreich, die Gesamtheit des im Norden gelegenen Regenwaldes zu erhalten und zu schützen. Der ökologische Tourismus in diesem Teil FGs könnte so zu einer zweiten Einkommensquelle neben der Raumfahrtindustrie werden. Die Goldminen jedoch sind schon per se unvereinbar mit dem Konzept einer nachhaltigen Entwicklung. Der Schutz des Regenwaldes im Norden würde allerdings die Schaffung von kurz- wie langfristigen Arbeitsplätzen im Rahmen eines wirklich dauerhaften, nämlich ökologisch nachhaltigen Wachstums fördern.

Wir fordern von der Europäischen Staatengemeinschaft ein sofortiges Handeln, um den Präsidenten der Republik Frankreich, Jacques Chirac, dazu zu bewegen, im Süden FG zum Wohl der dort lebenden Indianer ein ihnen übereignetes autonomes Territorium einzurichten. Dies wäre vergleichbar mit dem 1999 für die Inuit, einem eigenständigen Volk im Norden

Kanadas, übereigneten *Nunavut*. Mit dessen Übergabe an die Inuit wurden die Rechte der Indigenen im Geist der ILO Konvention 169 anerkannt. Weiterhin fordern wir, im übrigen FG, vom zentralen Bergland bis zu den Moorlandschaften an der Küste, einen großen Nationalpark von 50.000 Quadratkilometern zu schaffen. Mit Hilfe europäischer Mittel und unter rigoroser Einhaltung des Schutzaspektes kann dies als ein gutes Beispiel für andere Länder dienen kann, ihre eigenen Regenwälder auf ähnliche Weise zu schützen.

Augenblicklich geht es jedoch darum, den französischen Staat mit aller Dringlichkeit davon abzuhalten, bis Mitte des Jahres 2005¹³ einen mit internationalem Recht unvereinbaren Nationalpark in einem Gebiet zu schaffen, dass 1970 zum Schutz der dort lebenden indigenen Völker als „*restricted area*“ eingerichtet wurde. Frankreich ist aufgefordert, den Willen der Indigenen zu respektieren, und endlich aktiv gegen die Kontaminierung mit Quecksilber der tropischen Regenwäldern vorzugehen. Desweiteren fordern wir von Frankreich, bei der Planung dieses Vorhabens auch europäische Nichtregierungsorganisationen. Unter diesen sollten sich sowohl Naturschutzorganisationen befinden, als auch Vertreter solcher Verbände, die sich mit der Problematik der indigenen Völkern beschäftigen.

7. Literatur

- BRYANT, D., NIELSEN D. (1997): The last Frontier Forests
CATZEFLIS, F., GERAUX, H., LE GUEN, R. (2002): L'orpaillage en Guyane – Un mal incurable, in: Le Courier de la Nature, Ausgabe März/ April 2002, S. 25
COLCHESTER, M. (2003): U.N.R.I.S.D.-Bericht, Genf, S. 151
HALLÉ, F. (1998): „Bewahrung und Verwaltung des Regenwaldes in Guyana“, Magazin JATBA des ethno-botanischen Labors des Nationalmuseums für Naturgeschichte in Paris Nr. 40, MNHN Paris.
MACKAY, F. (2000): „Französisch Guyana“, in: Forest peoples Programme Report „Undermining the forests“ Ausgabe: Januar 2000, S. 52ff., 89
SILBERSTEIN, J. (2002): Kali'na, eine indianische Familie in Französisch Guyana, Albin Michel ed. S:275, 278-281
PONCY, O., FLEURY, M. (1998): Bericht in der Sonderausgabe Guyana des Magazins JATBA des ethno-botanischen Labors des Nationalmuseums für Naturgeschichte, MNHN Paris.

Bitte beteiligen Sie sich an der Kampagne gegen den geplanten Ethnozid und den anhaltenden Genozid.

¹³ <http://www.liberation.fr/page.php?Article=246674>